

## **Aus dem Gemeinderat – Sitzungsbericht vom 14.05.2013**

Vergangene Woche tagte der Gemeinderat, nachstehend folgt die Sitzungszusammenfassung.

### **Erschließungsarbeiten „Wohnen Im Auchtert“**

Nach der Ausschreibung gingen insgesamt 3 Angebote bei der Gemeinde Zell u. A. für die Erschließungsarbeiten des Gebiets „Wohnen Im Auchtert“ ein, die günstigste Anbieterin war die Firma Moll aus Gruibingen, weshalb der Gemeinderat durch einstimmigen Beschluss den Auftrag für die Herstellung der Erschließungsanlagen Im Auchtert an die Firma Moll aus Gruibingen zum Angebotspreis von 626.787,28 € vergeben hat.

### **Bebauungsplan „Aichelberger Weg“ – Sachstandsbericht**

Im Jahr 2010 hat der Gemeinderat den Planaufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan gefasst. 2011 wurde vom Gremium dem Bebauungsplanentwurf zugestimmt die Anhörung Träger öffentlicher Belange durchgeführt und ein ökologisches Gutachten für die Verträglichkeit der Maßnahme abgewickelt. Aufgrund des Bebauungsplanverfahrens Im Auchtert wurde dieses Verfahren zunächst zurückgestellt, nach Abschluss dieses Verfahrens kann nun der Bebauungsplan „Aichelberger Weg“ wieder aufgegriffen werden. Die Umweltverträglichkeitsprüfung brachte keine Beeinträchtigungen durch die vorgesehene Bebauung. Die weitere Bebauung müsste nun mit der Region, dem Landratsamt und dem Regierungspräsidium abgestimmt werden ob die Umwandlung der Flächen in Wohnbauflächen möglich ist. Im Gemeinderat wurde das Bebauungsplanverfahren nochmals ausführlich beraten wobei BM Link betonte, dass insbesondere die Region bei Gemeinden mit Eigenentwicklung bezüglich weiterer Wohnbauflächen sehr restriktiv sei. Weitere Gespräche mit den übergeordneten Behörden zeigen wie dahingehend die Meinung geht. Mehrheitlich wurde die Sachdarstellung vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen und die weitere Vorgehensweise so gebilligt.

### **Vorberatung der Verbandsversammlung des GVV Raum Bad Boll am 15.05.2013**

BM Link erläuterte die Tagesordnung der Verbandsversammlung wobei schwerpunktmäßig die punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans 2015 auf der Tagesordnung stand mit der Erweiterung des Gewerbeparks Wängen und der Friedhofserweiterung in Gammelshausen. Zu dem folgender Sachstandsbericht zum Thema Windkraft, der E-Bürgerbus, die Jahresrechnung 2012, die Volkshochschule Raum Bad Boll und weitere untergeordnete Punkte. Weiter betonte BM Link das er in dem Zusammenhang auch betonen möchte, dass die Gemeinden im Voralbraum ihre Grünschnittplätze behalten möchten umso dem Anlauf des Landkrieses, diese zu zentralisieren entgegenzukommen.

### **Ärzte im Grünen – weitere Vorgehensweise**

Ein Arzt aus Zell plant eine hausärztliche, fachärztliche und naturheilkundliche Praxis im Grünen am Ende der Uhlandstraße unter Einbindung des bislang landwirtschaftlich genutzten Grundstücks 1181 zu errichten. Auf dem Grundstück 1176 soll ein Praxishaus erstellt werden, indem administrative und apparateintensive Tätigkeiten verrichtet werden können. Weiter sollen 4 kleine Pavillons mit einer Grundfläche von 20 bis 25 m<sup>2</sup> auf dem angrenzenden Grundstück 1181 errichtet werden, in denen gesprächsintensive Behandlungen stattfinden können. Bei der Praxiskonzeption sei geplant, dass 2 Allgemeinärzte eine hausärztliche Praxis mit

ihren üblichen Aufgaben führen. Diese stehen in Kooperation mit Fachärzten aus der Region z.B. Dermatologen und Gynäkologen. Diese Fachärzte sollen 1x pro Woche eine Sprechstunde am Ort anbieten. Dadurch wird die wohnortnahe ärztliche Versorgung deutlich verbessert. Insbesondere für Patienten, die aufgrund ihres Alters oder ihrer Gebrechlichkeit nur schwer in die Stadt kommen können wäre dies von großem Vorteil. Ebenso für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Zudem ergibt sich für Patienten mit größeren gesundheitlichen Problemen, die eine intensive Kommunikation des Hausarztes und des Facharztes erfordern, eine bessere Abstimmung. Ärztlicherseits kann durch die direkte Kommunikation zwischen Haus- und Facharzt und sofortigem Zugriff auf alle Befunde besser auf den Patienten Rücksicht genommen werden, Zeit gespart und Missverständnisse vermieden werden. Durch die Kooperation mit den Fachärzten ergibt sich somit auch ein Reiz für junge Ärzte was im Zeitalter der Nachwuchssorgen insbesondere im ländlichen Raum langfristig den Erhalt der hausärztlichen Praxis erhöhen würde. Der Gemeinderat hat sich in einer nichtöffentlichen Sitzung positiv zu der Konzeption ausgesprochen und seine Unterstützung mitgeteilt. Bevor das Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden soll, empfiehlt die Verwaltung ein Scoping-Verfahren mit den Trägern öffentlicher Belange durchzuführen, um die Realisierbarkeit der Planung auszuloten. Die Träger öffentlicher Belange erhalten Informationen und werden darum gebeten, eine Stellungnahme abzugeben und nach ca. 1 Monat würde ein Erörterungstermin in der Gemeinde stattfinden, bei dem das Projekt nochmals intensiv vorgestellt wird. Im Anschluss daran hätten die Träger öffentlicher Belange nochmals einen Monat Zeit für ihre Stellungnahme mit ihren Anregungen. BM Link betonte, dass bis zum Jahr 2020 immer mehr freiwerdende Hausarztpraxen nicht nachbesetzt werden können. Daher müsse es zu einer Kooperation zwischen Ärzten kommen weshalb die Idee der Gartenpraxis im Grünen von der Gemeinde sehr positiv gesehen wird. Knackpunkt an der Sache ist sicherlich der Eingriff in die Landschaft mit den Pavillons wobei die Stellungnahme der übergeordneten Behörden abgewartet werden soll. Im Gemeinderat kommt es zu einer sehr ausführlichen Beratung. Die kritischen Punkte wurden dabei herausgestellt insbesondere war der neu geplante Fußweg entlang der Grundstücke der Uhlandstraße in der Kritik. BM Link erklärte, dass sofern der Gemeinderat die Meinung vertritt, dass dieser Fußweg verzichtbar ist, dass man diesen Weg lassen könnte. Einige Gemeinderäte äußerten ihre Bedenken bezüglich der Konfliktsituation zwischen der Landwirtschaft und der Arztpraxis. Durch die Bewirtschaftung der Ackerflächen entstehen Lärm, Staub und es wird Pflanzenschutz eingesetzt, der bei bestehender Praxis so vielleicht nicht mehr verwendet werden kann. Außerdem wurden die Stellplätze und das Verkehrsaufkommen der Praxis angesprochen. BM Link betonte, dass die Arztpraxis im Grünen eine zukunftsweise Geschichte sei die es bislang so nicht in Baden-Württemberg gebe. Er betonte auch, dass die Ärzte kein Ärztezentrum planen, sondern eine Praxis für 2 Allgemeinmediziner, die an bestimmten Tagen Fachärzte einbinden. Sofern mehr Stellplätze errichtet werden sollen, sei dies sicherlich auch kein Problem. BM Link betonte, dass er die Grundstücke der Gemeinde abgesucht hätte und kein besserer Vorschlag auffindbar gewesen wäre. Die Kassenärztliche Vereinigung begrüße die Konzeption. Außerdem wurde von BM Link betont, dass die Praxis am liebsten in die freie Landschaft gestellt werden sollte, nachdem der Arzt jedoch nicht privilegiert sei und an die Infrastruktur anbinden müsse, werde der Standort am Ende der Uhlandstraße als für gut befunden. Der anwesende Mediziner wurde gefragt wie viele Patienten mit dem Fahrzeug pro Tag kommen. Dieser antwortete, dass insgesamt 38 Patienten während des ganzen Praxistages mit dem Fahrzeug da waren. BM Link betonte,

dass die Verkehrsfrage nicht das große Problem der Ansiedlung sei. Die vorgesehene Scheune für die Einstellung eines 7,5 Tonnen Lkw, der auch als mobile Praxis genutzt wird könne auch an einem anderen Standort erfolgen. Das Praxisgebäude selber werde die Größe ungefähr eines Zweifamilienhaus haben. Der Vorsitzende betonte zudem, dass Anwohner und Grundstückseigentümer ihre Bedenken in das Verfahren gerne einbringen können. Wenn die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange vorliegen, bietet die Gemeinde eine Infoveranstaltung an, in der die weitere Planung erläutert werden soll. BM Link betont, dass die Idee der Arztpraxis im Grünen zukunftsfähig und innovativ ist und man daher diesen Weg gehen sollte. Abschließend wurde der mehrheitliche Beschluss gefasst, dass das Gremium mit der angedachten Vorgehensweise einverstanden ist und die Verwaltung beauftragt, die Träger öffentlicher Belange über die Planabsichten der Gemeinde zu informieren. Ebenfalls wird auf den angedachten Fußweg verzichtet und nach den eingegangenen Stellungnahmen eine Infoveranstaltung durchgeführt.

### **Bausachen**

Das kommunale Einvernehmen wurde zu folgenden Bauanträgen erteilt:

1. Erstellung eines Einfamilienhauses mit Schuppen auf dem Flst. 750, Frühlingstraße
2. Errichtung von 2 Dachgauben und einer Sitzplatzüberdachung, Eichenweg 5
3. Erstellung eines Wohnhauses mit Garage auf dem Flst. 830/2, Im Auchtert

Zum Bauantrag Nutzungserweiterung – zeitweise Nutzung der Werkhalle als Übungsraum für eine Taiko-Trommlergruppe Gewerbegebiet, Jurastr. 6 wurde das Einvernehmen mehrheitlich versagt.

### **Änderung der Hauptsatzung – Festlegung Zahl der Gemeinderäte**

Die Zahl der Gemeinderäte ist in der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg geregelt. Nachdem die Kommunalwahlen 2014 näher rücken hat sich der Gemeinderat mit dem Thema auseinander gesetzt. Normalerweise müsste die Gemeinde Zell u. A. aufgrund der gestiegenen Einwohnerzahl bei der nächsten Kommunalwahl 14 Gemeinderäte wählen. Durch die Hauptsatzung kann bestimmt werden, dass die Gemeinde für die Zahl der Gemeinderäte die nächstniedrigere Gemeindegrößengruppe wählt. Alle 4 Wählergruppierungen haben signalisiert, dass sie gerne an der aktuellen Mitgliederzahl mit 12 festhalten wollen. Deshalb wurde eine Änderung der Hauptsatzung erforderlich die vom Gemeinderat entsprechend einstimmig beschlossen wurde. Die Veröffentlichung der Satzung erfolgt an anderer Stelle des Mitteilungsblatts.

### **E-Bürgerbus – Grundsatzentscheidung**

Der Gemeindeverwaltungsverband Raum Bad Boll hat in den letzten Jahren im Rahmen eines EU-Leuchtturmprojekts Anstrengungen zur Errichtung eines Biowertstoffhofs und einer Biogasanlage gekoppelt mit der Einrichtung von Bürgerbuslinien unternommen. Nachhaltige Mobilität ermöglicht soziale wirtschaftliche Verbindungen, fördert den Klimaschutz und reduziert Schadstoffemissionen. Mit großem Interesse wurde das Förderprogramm Modell Region für nachhaltige Mobilität des Verbands Region Stuttgart und der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart aufgenommen. Dieses Programm stellt Finanzierungsmittel für neue innovative Projektvorhaben bereit, die maßgeblich zu einer nachhaltigen Mobilität beitragen. Dieses Konzept soll von 4 Verbandsgemeinden und der Gemeinde Schlierbach auf die Füße gestellt werden.

Der Linienbetrieb eines Bürgerbusses mit Elektroantrieb ist bislang noch nicht realisiert und bietet die Möglichkeit, dem Projekt zu einem technischen Durchbruch zu verhelfen durch 2 E-Bürgerbuslinien im Raum Bad Boll sollen die ÖPNV Angebote durch Querverbindungen ergänzt und gestärkt werden. Die Kosten belaufen sich auf 51.000 € / Jahr. Bei der Gemeinde Zell u. A. würde dies einen Aufwand von 9.500 € / Jahr bedeuten. BM Link betonte, dass er die Auffassung vertritt das mit diesem Vorhaben ein Pilotprojekt geschaffen wird, bei dem noch ehrenamtliche Fahrer gewonnen werden sollten, um zu testen ob E-Mobilität funktioniert. Im Gemeinderat wurde daraufhin recht deutlich signalisiert, dass zum einen die Elektrofahrzeuge nicht richtig funktionieren, zum anderen keine Heizung im Bus bzw. weder Klimaanlage eingebaut ist und kein Bedarf für Fahrten nach Schlierbach bestehen. Sofern Verbindungen geschaffen werden, dann diese Querverbindung eventuell nach Ohmden bzw. Kirchheim wegen dem S-Bahnanschluss. Außerdem werden Ehrenamtliche überfordert, im Winter bei schlechten Wetterverhältnissen diesen Bus zu fahren. Ein weiterer Gemeinderat erklärte, dass die vorhandene Busverbindung nach Göppingen ausreiche und man mit dem Bus gute Anbindungen habe. Das Geld des Projekts könnte daher gut eingespart werden. Zudem wird betont, dass mit den prognostizierten Mitteln keine Versicherung, keine Winterreifen berücksichtigt sind, keine Garagen und das vom Vertreter der Firma Daimler auch keine Aussage zu einer eventuellen Nachrüstbarkeit bezüglich Heizung und Klima gemacht wurde. BM Link betonte, dass sofern man in das Thema nicht einsteige auch keine Entwicklungschancen für diesen Bereich gesehen werden. Mehrfach wurde von den Gemeindevertretern betont, dass für die Querverbindung kein Bedarf bestehe. Sinnvoller wäre es das Geld in den ÖPNV zu investieren und gegebenenfalls ein Rufsystem zu installieren. Mit deutlicher Mehrheit stimmte der Zeller Gemeinderat gegen den interkommunalen E-Bürgerbus.

### **Verkehrsunfall- und Kriminalstatistik – Sachstandbericht**

BM Link erläuterte den Gemeinderäten die Statistik und erläuterte das bei den Straftaten der Schwerpunkt bei den Diebstählen sicherlich im Einkaufszentrum lag, insgesamt waren im Jahr 2012 70 Straftatsachbestände erfüllt, wovon 28 Diebstähle waren. Bei den Verkehrsunfällen war ein deutlicher Rückgang auf 23 Verkehrsunfälle zu verzeichnen wobei der Vorsitzende erfreut darauf verwies, dass sich der Umbau der Kreuzung Ohmders Straße und Weilheimer Straße mit den Kreisverkehren niederschlägt und dass sich der Umbau so auf jeden Fall gelohnt habe.

### **Bekanntgaben**

1. Die Deutsche Telekom hat die Gemeinde angeschrieben und mitgeteilt, dass sie bei der Erschließung der Wohnbauplätze im Auchtert ihre Leitungen nicht einbauen wird.
2. Im Verwaltungsraum gehen die Überlegungen ein Verkehrskonzept erarbeiten zu lassen. Allerdings mache dies derzeit keinen Sinn nachdem in Bad Boll die Umleitung bestehe. Es soll erst nach Vollendung der Arbeit im September begonnen werden mit Verkehrszählungen.
3. Am 07.05.2013 fand ein Kennenlernabend mit der Jugendsozialarbeiterin Anke Gruber im Jugendhaus statt. Leider sind hierzu keine Jugendlichen erschienen sondern nur die Betreuer des Jugendhauses und Vertreter der JUZE. Frau Gruber ist jedoch guter Dinge und möchte weitere Angebote erarbeiten insbesondere für jüngere um diese auch ins Jugendhaus einzubinden um weiter den Kontakt zu den Jugendlichen suchen.

## **Verschiedenes**

1. Der Gemeinderat hat der Spendenannahme der Firma Ratzel in Höhe von 1.000 € für den Skateplatz sowie einer Spende in Höhe von 250 € für eine Bank Richtung Ohmden von Herrn Bazlen zugestimmt.
2. Die Bürgerenergiegenossenschaft Voralb hat die Gemeinde angeschrieben verbunden mit der Bitte ihr das Dach des Zeller Schulhauses zur Verfügung zu stellen um dort durch die Energiegenossenschaft eine Fotovoltaikanlage zu errichten. Seitens der Verwaltung wird darauf erwidert, dass sich die Anlage bereits nach 11 Jahren amortisiert, wenn die Gemeinde sie selber unterhält. Zudem könne sie Strom für den eigenen Verbrauch in der Schule einspeisen, nachdem jährlich dort rund 35.000 kWh benötigt werden. Einstimmig wurde vom Gemeinderat daher beschlossen selbst durch die Gemeinde eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach der Zeller Schule zu installieren.
3. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde angeregt, am Skateplatz eine Mülltonne aufzustellen und die Schwellen im Bereich Schelmahd und Gießweg bei denen sich die Pflastersteine abgesenkt haben herauszunehmen und mit Asphalt zu versehen.

## **Frageviertelstunde**

Seitens der Zuhörer wurde nachgefragt, weshalb die Arztpraxis im Grünen die auch für ältere Leute geschaffen werden soll unbedingt am Rand eines Ortes angesiedelt werden soll. Zudem wurde betont, dass ältere Personen nicht so sehr die Fachärzte benötigen. BM Link erklärte dazu, dass diese Frage an den Bauwilligen gestellt werden sollte und nicht an ihn. Er verwies jedoch auf die Infoveranstaltung nach Eingang der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, die stattfinden soll. Zudem wurde nachgefragt, weshalb an einer Grundstückszufahrt in der Ohmden Straße ein Eigentümer mit den gleichen Steinen gepflastert habe wie seine Grundstücksauffahrt, die bei Regen sehr glatt sind. BM Link erklärte darauf, dass dies mit der Gemeinde abgestimmt war und der Bauherr die Kosten hierfür übernommen hat.

Ein weiterer Zuhörer äußerte Kritik an der Planung Ärzte im Grünen und erklärte, dass die Hauptzufahrt über die Uhlandstraße abgewickelt wird. Er sei erstaunt darüber, dass man erst jetzt darüber erfahre und legte den Finger darauf, dass der Arzt an einer Rentabilität der Praxis Interesse habe, die Fahrzeugzahlen werden deshalb weiter nach oben steigen und nicht bei 38 pro Tag bleiben. Viele Dinge müssten besprochen werden die die Anwohner tangieren nicht nur die Zufahrt sondern auch die Parksituation. Es wurde nachgefragt ob die Gemeinde auch andere Alternativen abgewogen habe. Kritik wurde daran geäußert, dass die Anwohner der Uhlandstraße nichts über das Vorhaben im Detail wissen. BM Link erklärte dazu, dass man am Anfang der Planungsüberlegungen sei. Bei der Konzeption werden die Anwohner ebenfalls mit einbezogen. Er regte dazu an, Anregungen an die Gemeinde diesbezüglich einzubringen, die Zahl der Stellplätze könnte sicherlich gelöst werden. Die Anwohner befürchten, dass es nicht bei 2 Ärzten bleibe, sondern im Lauf der Jahre mehrere Ärzte beitreten und somit auch die Zahl der Fahrten und die Verkehrsbelastung zunehmen werde. BM Link erklärt, dass nach dem Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange eine Infoveranstaltung stattfinden wird, bei der all diese Fragen besprochen werden können. Auch die Anwohner und die Beteiligten können hierzu Anregungen einbringen. Außerdem wurde nachgefragt, was die Gemeinde bezüglich der abgesägten Obstbäume auf einem der Grundstücke unternommen hat. Hierzu

wird festgestellt, dass das Grundstück im Vogelschutzgebiet liegt. BM Link erwidert darauf, dass das Umweltschutzamt bereits informiert war und Ersatzpflanzungen gefordert habe. Außerdem wurde nachgefragt, weshalb der vorhandene Feldweg nicht durchgezogen werden kann. BM Link erklärt, dass dies für die Einheitlichkeit des Praxisgebäudes und der Pavillons erforderlich werde, so dass die Behandlung dort nicht durch Traktoren oder Fußgänger gestört wird. Der zusätzlich angedachte neue Fußweg wurde vom Gemeinderat aber bereits abgelehnt.